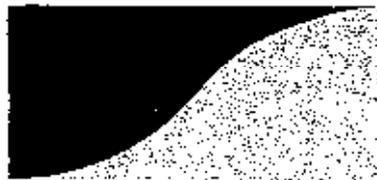


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßt Siad Barre: Großzügige Hilfsbereitschaft.

Seite 1

Helmut Rohde MdB fordert neue Chancen in der Arbeitsmarktpolitik wahrzunehmen: Zumutung ohne Ende?

Seite 2

Erwin Horn MdB würdigt den Bericht des Wehrbeauftragten: Positive Zeichen demokratischen Engagements.

Seite 4

Hartmut Holzappel MdL kündigt eine parlamentarische Initiative der hessischen SPD an: Friedensforschung muß gesichert werden.

Seite 5

Dokumentation

25 Jahre Römische Verträge - kontinuierlicher Beitrag der SPD zum Ausbau der EG. (Teil I)

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 58

25. März 1982

Großzügige Hilfsbereitschaft

Freundschaft kennzeichnet Politik gegenüber Somalia

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik, Innerdeutsche Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Siad Barre kommt ein Staatsmann in die Bundesrepublik Deutschland, dessen großzügige Hilfsbereitschaft in einer Stunde großer Not für unser Land nicht vergessen ist. Die daraus entstandene Freundschaft kennzeichnet unsere Politik gegenüber diesem Land.

- Die Beziehungen zwischen Bonn und Mogadischu sind hervorragend. Dies konnte zuletzt bei einem Besuch des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld, Anfang dieses Jahres festgestellt werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland ist das größte Geberland: Allein in den beiden vergangenen Jahren ist Somalia mit knapp 150 Millionen DM unterstützt worden und zählt damit zu den Schwerpunkten deutscher Entwicklungshilfe.
- Aus der Bundesrepublik Deutschland kommt humanitäre Hilfe zur Linderung des größten Elends im Lande.

Daß dies auch notwendig war, zeigen die Probleme, die das Land zu lösen hat. Es trägt an seiner Flüchtlingslast wie kein anderer afrikanischer Staat. Es gehört zu den ärmsten Ländern der Welt und zu jenen, die von den weltwirtschaftlichen Verwerfungen seit 1974 am härtesten betroffen sind.

Der Ogaden-Konflikt mit Äthiopien ist eine schwere Hypothek. Von dieser Hypothek muß sich Somalia selbst befreien können. Bei seinen anderen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten werden wir wie bisher unsere Hilfe anbieten.
(-/25.3.1982/ks/ca)



Zumutung ohne Ende?

Neue Chancen in der Arbeitsmarktpolitik wahrnehmen

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die Entscheidung des Bundeskabinetts zur Überarbeitung der sogenannten Zumutbarkeits-Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit war fällig - so merkwürdig die Entwicklungsgeschichte dieser Anordnung verständlicherweise vielen Beobachtern vorkommen mag. Fällig war sie deshalb, weil besonders in diesem Jahrzehnt die Bundesregierung ihren Willen nicht nur in der Beschäftigungs-, sondern ebenso auch in der Arbeitsmarktpolitik unüberhörbar deutlich machen muß. Wir sind es jedenfalls leid, daß in Nürnberg die Linien bestimmt werden, und Bonner Politiker im Lande dafür die Jacke voll kriegen.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, die Debatte über die Anordnung sei nur deshalb neu in Gang gekommen, weil gegen die Nürnberger Zumutung demonstriert worden sei. Sicherlich hat diese Demonstration der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften ihr Gewicht. Aber ebenso wirkt sich aus, daß sich die sozialdemokratischen Arbeitnehmer und ihre Vertreter im Parlament damit nicht einfach zufrieden geben würden.

Worauf kommt es jetzt an? Es muß ja mehr geschehen, als nur denjenigen in Nürnberg, die ansonsten voll im Licht der staatlichen Fürsorgepflicht stehen, den Auftrag zu geben, schönfärberisch zu korrigieren, was wohl den Arbeitnehmern in Deutschland heutzutage zugemutet werden kann. Nach meiner Meinung sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Es darf nicht noch einmal die Chance vertan werden, mit den Arbeitnehmervertretern, also den Gewerkschaften, eine tragfähige Arbeitsmarktregelung zustande zu bringen. Jeder Versuch, sich an diesem Gesichtspunkt vorbeizudrängeln, führt ins Abseits oder in bleibende soziale Konflikte. Die IG Metall und andere haben deutlich gemacht, daß sie nicht daran denken, den "Mißbrauch" der Arbeitslosenversicherung, also ungerechtfertigtes Verhalten von Einzelnen, schützen zu wollen. Aber sie sind, gerannt durch die deutsche Geschichte, mehr als mißtrauisch, daß sich im Schatten einer sogenannten "Mißbrauchs-Vermutung" in Wahrheit Schritt für Schritt ein System bürokratischer Reglementierung in das Arbeitsleben und damit in die persönlichen Verhältnisse hinein entwickelt.
2. Das Wort von der "Zumutbarkeit" ist in vieler Beziehung mehr als trügerisch. Man kann nicht so vorgehen, daß man zunächst die Anforderungen an die Institution weit hin ausklammert und sich in der Anordnung darauf beschränkt, was den Betroffenen "zugemutet" werden kann: Also sich fast ausschließlich mit denjenigen beschäftigt, die vor den Schranken stehen, ohne sich zu fragen, ob hinter den Schranken alles in Ordnung ist. Das Thema heißt doch vielmehr, zu einer Reform der Arbeitsvermittlung zu kommen, wobei nicht nur subjektive, sondern auch organisatorische und politische Voraussetzungen zu behandeln sind.
3. Manche haben sehr verwundert getan, wie sich Arbeitnehmer dagegen gewandt haben, je nach Zeugnis und örtlicher Laune, in die Gruppen eins bis fünf klassifiziert zu werden. Wir sind es schon leid, daß am Ende dieses Jahrhunderts von Amts wegen schematische Klassifikationen vorgenommen werden. Was hat man in den letzten Jahrzehnten nicht alles geredet von der "offenen Gesellschaft", und jetzt müssen Arbeitnehmer darauf achten, daß ihnen nicht wieder eine Verwendungsnummer ans Revers geklebt wird. Um es im Klartext zu sagen: Was der Einzelne ist und kann, was er sich an Rechten erworben und an Pflichten übernommen hat, das kann ja wohl nicht nur nach den Nürnberger Kategorisierungs-Merkmalen beurteilt werden.



4. Wir können nur hoffen, daß jetzt die fachlichen und durch Erfahrung begründeten Einwände berücksichtigt werden, die insbesondere von den Arbeitsamtsfachleuten in der Region zu dem Anordnungsperfektionismus geltend gemacht worden sind. Sie sind ja guten Willens. Was sie sagen und meinen, darf nicht einfach beiseite geschoben werden. Sie erklären auch, daß man nicht alles so lassen kann, wie es ist. Aber man könne sich nicht auf solche Art von Zumutbarkeitskriterien beschränken. Das Thema Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik verlange mehr und sei anstrengender.

Ich will nicht in weitere Einzelheiten gehen. Sozialdemokratische Arbeitnehmer werden aber auch diskutieren müssen, wie bei uns Arbeitsmarktpolitik behandelt wird. Das hat heute umso mehr Gewicht, als wir in diesem Frühjahr im Blick auf das Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung vor schwierigen und schwerwiegenden Beratungsrunden im Bundestag und im Bundesrat stehen. Am Ende wird und muß bei all diesen Anstrengungen mehr herauskommen als bürokratische Anstaltsregeln gegenüber den Arbeitslosen.

Im Blick auf den SPD-Parteitag werden wir beraten, wie der politische Wille stärker und sichtbarer auch in der Arbeitsmarktpolitik hervortreten kann. Dazu gehört, daß dem Bundestag und damit der Öffentlichkeit wenigstens einmal im Jahr ein umfassender Arbeitsmarktbericht vorgelegt wird, in dem es nicht nur um Stings Zahlenkolonnen, sondern um Entwicklungstendenzen der Beschäftigungspolitik und vor allem auch um die organisatorischen Fragen der Bundesanstalt geht. Damit wird sich dann das Parlament zu beschäftigen haben, Sachverständigenanhörungen sind fällig. Wir wollen unsere eigenen Erfahrungen, Erkenntnisse und unseren Willen ins Spiel bringen. Diese Art von Diskussion über Arbeitsmarktvermittlung hat ihr Gewicht, wenn man sich auch nur einen Augenblick klar macht, daß sich heute das Niveau der Arbeitslosigkeitsdebatte nicht selten so darstellt, daß es einen gußeisernen Hund zum Heulen bringt. Also: Der Deutsche Bundestag muß um die Chance bemüht sein, sich in dieser Sache anders und besser zur Geltung zu bringen. Er hat seine Verantwortung für die Arbeitsverhältnisse - da stimme ich sicher mit vielen überein. Dies kann auf keine Anstalt und schon gar nicht auf Bürokratien abgewälzt werden. (-/25.3.1982/ks/ca)

+ + +



Positive Zeichen demokratischen Engagements

Der Bericht des Wehrbeauftragten beweist sicheren Blick

Von Erwin Horn MdB.

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Wehrbeauftragte nimmt in seinem Jahresbericht 1981 sich besonders der jungen Wehrpflichtigen Soldaten an.

Mit viel Einfühlungsvermögen für die Situation des Wehrpflichtigen und seine Erwartungen an den Wehrdienst, aber auch mit sicherem Blick für das, was die Streitkräfte für die wirksame Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Auftrages in einer Demokratie benötigen, begleitet der Wehrbeauftragte als parlamentarisches Kontrollorgan die Bundeswehr 1981.

Seine Beobachtungen und Erkenntnisse geben dem Deutschen Bundestag Hinweise, wo im Bereich der Inneren Führung in den Streitkräften auch heute noch Schwachstellen sind. Der Bericht zeigt aber auch, daß manches, was es an Problemen in der Bundeswehr gibt, erkannt wurde und durch den Bundesminister der Verteidigung Verbesserungen erfahren hat.

Die vom Wehrbeauftragten dargelegten Auswirkungen der Diskussion über die Rolle von Streitkräften als Instrument der Friedenssicherung unter Soldaten macht deutlich, daß auf dem Gebiet der politischen und staatsbürgerlichen Bildung noch vieles zu leisten bleibt. Gefordert sind hierbei jedoch nicht nur die Streitkräfte, sondern alle gesellschaftlichen Gruppen. Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt die Forderung des Wehrbeauftragten, daß die Diskussion über den richtigen Weg der Friedenssicherung nicht in einer Frontstellung zur Bundeswehr geführt werden und auch nicht als Mittel dafür gebraucht werden darf, Vorbehalte gegen den Wehrdienst zu schüren. Als positives Zeichen demokratischen Engagements ist zu bewerten, daß zunehmend auch Soldaten ihren Sachverstand in die öffentliche sicherheitspolitische Debatte einbringen. Die Soldaten dürfen zu Recht für sich in Anspruch nehmen, daß sie durch ihren Dienst und ihre Präsenz einen wesentlichen Beitrag zur Friedenssicherung leisten und dafür Anerkennung verdienen. Gerade deshalb sollen Soldaten auf Kritik auch gelassen reagieren können.

Die vom Wehrbeauftragten geschilderten Motive von Soldaten, die gegen das Verbot des Uniformtragens bei politischen Veranstaltungen verstoßen haben, sollten ernst genommen werden, um das wohlbegründete Gesetzesverbot angemessen durchsetzen zu können.

Mit Genugtuung muß verzeichnet werden, daß die allgemeine Grundausbildung den Erwartungen junger Wehrpflichtiger in der Regel entspricht und von ihnen positiv bewertet wird. Mit Sorge erfüllt hingegen, daß der Dienst in der Stammeinheit gerade deshalb großer Kritik ausgesetzt ist, weil sich viele junge Wehrpflichtige in den noch verbleibenden zwölf Monaten Dienst nicht genügend ausgelastet sehen. Die hohe Dienstzeitbelastung vieler militärischer Vorgesetzter steht hierzu in einem - aber nur scheinbaren - Widerspruch. Beide Aspekte verdienen Beachtung, und die Streitkräfte - insbesondere das Heer - werden die Feststellungen des Wehrbeauftragten zum Anlaß nehmen müssen, die zur Verfügung stehenden Dienststunden effektiver zu bewirtschaften.

Die Vielzahl der vom Wehrbeauftragten in seinem Jahresbericht behandelten Fragen wird im Bundestag und insbesondere im Verteidigungsausschuß im einzelnen noch erörtert werden. Der problemorientierte und nachdenkliche Bericht des Wehrbeauftragten sollte darüber hinaus aber auch in der Bundeswehr selbst und in der Öffentlichkeit nachhaltig Beachtung finden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeitern für diesen informativen und ausgewogenen Bericht. (-/25.3.1982/ks/oa)

+ + +



Friedensforschung muß gesichert werden

Hessische SPD kündigt parlamentarische Initiative an
Von Hartmut Holzapfel MdL

Noch vor der Sommerpause soll die Zukunft der Friedensforschung auf der Tagesordnung des Hessischen Landtages stehen. Dies kündigte der kulturpolitische Arbeitskreis der SPD-Fraktion während eines Informationsgespräches in der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung an. Bereits in dieser Woche hat der zuständige Landtagsausschuß beschlossen, ebenfalls ein Gespräch mit den Frankfurter Friedensforschern zu führen. Danach will die SPD einen Entschließungsantrag einbringen.

Hintergrund dieser hessischen Aktivitäten ist der politisch motivierte Ausstieg der CDU-Länder aus der Friedensforschung, mit der offensichtlich der große Anstoß, den Bundespräsident Heinemann seinerzeit gab, in einem großen roll back zunichte gemacht werden soll. In der noch kurzen Geschichte der Bundesrepublik ist dies ein beispielloser Vorgang, der eine ganze unbequeme Forschungsdisziplin liquidieren soll - und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem das Thema Frieden in der Welt und Konflikt in unserer Gesellschaft immer drängender wird.

Die sozialliberal regierten Bundesländer müssen daher gemeinsam mit dem Bund nach einer dauerhaften Lösung suchen, die den Bestand der Friedensforschung sichert. Dabei haben die Hessen, die seit zehn Jahren eine eigene Stiftung fördern, deren Arbeit einzubringen. Nach Ansicht der SPD ist sie deswegen vorbildlich, weil dort eine gelungene Verbindung von Grundlagenforschung und praxisorientierter Arbeit erreicht worden ist, beispielsweise durch die Herausgabe aktueller "Reports" oder die Beteiligung an so konkreten Aufgaben wie der Erstellung von Unterrichtsmaterialien.

Gegenüber der Überlegung der Bundesregierung, angesichts der Bedrohung der Friedensforschung durch die CDU die Gründung eines neuen, zentralen Institutes für die Grundlagenforschung zu unterstützen, ergeben sich aus dieser Sicht einige Fragezeichen: Ist es sinnvoll, die Grundlagenforschung in diesem Aufgabenbereich so zu isolieren? Und sollte nicht zuerst die begonnene Arbeit abgesichert werden, bevor etwas Neues, Weiteres in Angriff genommen wird?

Wichtig ist jedoch zunächst und zuallererst das gemeinsame Interesse Hessens und des Bundes, die Zukunft der Friedensforschung zu sichern. Dieses gemeinsame Interesse wird sicherlich zu Lösungen führen können, in denen auch die gewachsene Arbeit des Hessischen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung einen festen und dauerhaften Platz findet.

(-/25.3.1982/hl/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge (EWG und Euratom) am 25. März 1957 hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Jürgen Linde folgende Handreichung versandt. Wir veröffentlichen sie in zwei Teilen.

25 Jahre Römische Verträge: Kontinuierlicher Beitrag der SPD zum Ausbau der Europäischen Gemeinschaft

I. Erfolge auf dem Weg der europäischen Integration: Wirtschaftswachstum, Wohlstand Friedliches Zusammenleben

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) am 25. März 1957 wurde - nach Schaffung des Europarats und weiteren Bemühungen um europäische Zusammenschlüsse wie Montanunion - ein neuer Schritt auf dem Weg zur europäischen Integration getan.

Dabei ging es vor allem darum, die Folgen des Zweiten Weltkrieges - Zerstörungen und Zusammenbruch politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ordnungen in Europa - zu beseitigen. Deshalb waren die Ziele des Zusammenschlusses: Das friedliche Zusammenleben der Völker und den Wohlstand der Bürger durch wirtschaftliches Wachstum und sozialen Ausgleich zu fördern. Diese Ziele wurden weitgehend erreicht:

- Die Zölle wurden abgebaut, der Gemeinsame Markt wurde geschaffen: Die Freizügigkeit der Menschen und der freie Verkehr der Waren und Dienstleistungen unter annehmbaren Wettbewerbsbedingungen sind heute gewährleistet und gehören so selbstverständlich zum Alltag des EG-Bürgers, daß er sie kaum noch als Ergebnis der Gemeinschaftspolitik erkennt.

- Dank rascher wirtschaftlicher Fortschritte und zunehmenden Wohlstandes übte die Gemeinschaft bald auch auf dritte Länder eine größere Anziehungskraft aus: Beitrittsanträge von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen (1961), Assoziierung Griechenlands (1961) und der Türkei (1963).

- Das Jaunde-Abkommen mit 17 afrikanischen Staaten und Madagaskar (1963) markierte den Beginn einer Nord-Süd-Politik, die mit den beiden Abkommen von Lomé (1975 und 1979) fortgesetzt und ausgebaut wurde.

- Eine erste "außenpolitische" Anerkennung fand die Gemeinschaft in der "Kennedy Runde" über einen multilateralen Zollabbau auf GATT-Ebene (1964 - 1967), wo sie erfolgreich "mit einer Stimme" verhandelte.

(Siehe Daten zur Entwicklung der Gemeinschaft im Anhang.)

II. Das Ja der SPD zu den Römischen Verträgen: Grundlage für aktive Europapolitik

Die SPD stimmte den Römischen Verträgen - ebenso wie CDU und CSU - bei der Schlußberatung im Deutschen Bundestag am 5. Juli 1957 zu, während sich die FDP neben anderen damals noch im Bundestag vertretenen Parteien dagegen aussprach.

Damit gaben die Sozialdemokraten ihre ablehnende Haltung zur Westintegration auf. Bis dahin hatte sozialdemokratische Europapolitik stets unter dem Primat der Frage, ob und wie dies mit den Interessen der deutschen Nation und der Wiedervereinigung verein-



bar war, gestanden. Die Römischen Verträge eröffneten Perspektiven, die die SPD durch konkrete Mitarbeit ausschöpfen wollte. Eine gemeinsame Basis für die Europapolitik im Deutschen Bundestag war geschaffen.

III. Die pro-europäische Haltung der Sozialdemokraten: Eine über hundertjährige Tradition aus den Anfängen der Partei

Obwohl die SPD die Europapolitik der Nachkriegszeit zunächst ablehnte, war die Partei grundsätzlich pro-europäisch. Ihre Kritik an der Adenauerpolitik richtete sich gegen die damit verbundene einseitige Westintegration, die kleineuropäische Lösung, die restriktiven Vertragsklauseln und die vermeintliche Verletzung des Gleichberechtigungsprinzips.

Mit ihrem Ja zu den Römischen Verträgen steht die Sozialdemokratische Partei in einer über hundertjährigen Tradition: Schon in ihren Gründerjahren hatte sich die Partei der Zusammenarbeit zwischen den Nationen verpflichtet gefühlt, was sich nicht zuletzt aus der Tradition der internationalen Arbeiterbewegung erklärt.

Erstmals im Leipziger Programmentwurf für einen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein von 1866 unterstrich die SPD - und damit als erste deutsche Partei überhaupt:

"Unter deutscher Einheit versteht die Arbeiterpartei den zentralistischen deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen Europäischen Staates."

Die Erfahrungen der SPD aus dem Ersten Weltkrieg führten die Partei dahin, daß sie auf dem Heidelberger Parteitag 1925 bereits in aller Klarheit formulierte, wohin der Weg in Europa gehen sollte:

Sie

"tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen".

In der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, als das Verbot politischer Parteien viele Sozialdemokraten außer Landes zwang, machte sich die SPD auch im Exil zum Fürsprecher der europäischen Einigung. So erklärte zum Beispiel Hans Vogel, Vorstandsmitglied der SPD der Weimarer Zeit, in der Londoner Versammlung deutscher Sozialdemokraten am 18. Juni 1943:

"Ein Europa, das weiterhin zersplittert bleibt, in einige Dutzend politisch und wirtschaftlich abgeschlossene Einzelstaaten, wird auch in Zukunft der eigentliche Gefahrenherd der Welt bleiben."

(Quelle: Sozialistische Mitteilungen Nr. 51, Juli 1943)

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Naziregimes hat Kurt Schumacher, Wiederbegründer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, erklärt:

"Die Sozialdemokratie kann sich ein neues Deutschland nicht als ein isoliertes und nationalistisches Deutschland vorstellen. Sie kann sich Deutschland überhaupt nur als einen Bestandteil Europas denken, aber sie will dieses Deutschland dann nicht als Paria, sondern als gleichwertig."

(Quelle: Nach dem Zusammenbruch..., Seite 46)

Auf dem zweiten Nachkriegsparteitag in Nürnberg 1947 konkretisierte Schumacher diese Vorstellung:



"Die Diskussion über Europa ist in Wahrheit das Suchen nach einer Sinngabe des Lebens, nachdem wir jetzt eine Periode sinnlosen Vegetierens durchgemacht haben. Wir können uns dabei keinen Plan der Vereinigten Staaten von Europa aussuchen. Wir können überhaupt vom Leben nicht verlangen, daß es sich nach Abstraktionen richten soll. Wir haben auch gar nicht das Recht der Wahl zwischen Schemata. Wir haben nur induktiv und experimentell den Weg der realen Möglichkeiten zu durchschreiten."

Bis heute sind die Vorstellungen eines geeinten Europas Bestandteil sozialdemokratischen Willens und Handelns geblieben.

IV. Das Ziel sozialdemokratischer Europapolitik: Die vollintegrierte Gemeinschaft - Gegen jede Verbindung der europäischen Einigung mit Machtpolitik

Von den beiden neuen Gemeinschaften - EWG und EURATOM - erhoffte sich die SPD eine Entwicklung hin zur vollintegrierten Gemeinschaft. Diese Zusammenarbeit sollte zum Ziel haben:

- Schaffung eines einzigen Zollgebietes,
- Abbau der Devisenschranken,
- durch Angleichung zu erreichende einheitliche Sozialgesetzgebung und
- gemeinsame Politik der Vollbeschäftigung.

(Vergl. Fritz Erler: Europa, die deutsche Einheit und der Friede, in: Neuer Vorwärts, 35/1952)

Aber schon damals befürchtete der Europa- und Wirtschaftsexperte der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Heinrich Deist, daß die Mitgliedstaaten in ihrer Währungs- und Wirtschaftspolitik autonom bleiben würden und daß die Ansätze zu einer Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik denkbar gering seien, denn eine Zollunion und autonome Wirtschafts- und Währungspolitik seien nicht miteinander vereinbar. (Vergl. dazu 2. Bundestagsprotokoll, S. 1137).

Zugleich verknüpfte die SPD ihre Zustimmung zur EWG und zur EURATOM mit der Warnung europäische Einigung mit Machtpolitik zu verbinden. Herbert Wehner:

"Europa darf nicht in Gegensatz gebracht werden zu den Notwendigkeiten einer weltumspannenden Politik zur Erhaltung des Friedens und zur Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes überall. Europäische Zusammenarbeit sollte zur Überwindung der unzeitgemäßen Machtblöcke und nicht zu ihrer Konservierung dienen."

(Quelle: "Europa als politischer Notbehelf", in Vorwärts 40/1956, S. 1 f.)

V. Konstruktive Beiträge der SPD in der Regierungsverantwortung: Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und Ausbau der außenpolitischen Einstimmigkeit

Die Zustimmung der SPD zur europäischen Integration wird mit der Übernahme der vollen Regierungsverantwortung 1969 konsequent fortgesetzt. Es war Willy Brandt, der die Politik des "leeren Stuhls" in der Europäischen Gemeinschaft überwunden hat.

Auf der Gipfelkonferenz in Den Haag - die Frankreich wieder an den Verhandlungstisch brachte - wurde der gemeinsame Wille zum Ausbau der Europäischen Gemeinschaft durch ihre Staats- und Regierungschefs neu belebt und bekräftigt. Neben der Erweiterung der EG formulierte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt die Hauptforderungen sozialdemokratischer Europapolitik:

- die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion,
- die Entwicklung der politischen Zusammenarbeit im Hinblick auf eine spätere Politische Gemeinschaft,
- den Ausbau der Institutionen.



Zugleich machte der Parteivorsitzende deutlich, daß für die SPD weiterhin Ziel "das freie Europa" mit "Raum für alle gewachsenen Strömungen der Demokratie" ist:

"Ich halte jedenfalls nichts davon, die Europapolitik zu ideologisieren... Ich habe es immer abgelehnt, mein europäisches Engagement parteipolitisch abstempeln zu lassen. Selbstverständlich wünsche ich mir in Europa starke befreundete Kräfte, mit denen gemeinsam die Entwicklung hin zur sozialen Demokratie bewegt werden kann. Aber ich bin - wie in den fünfziger Jahren - gegen jede ideologische Einengung."

(Quelle: "Deutschland 1976 - zwei Sozialdemokraten im Gespräch", Rowohlt Taschenbuch-Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, 1976 - rororo aktuell)

VI. Erfolge der SPD-Europapolitik unter Helmut Schmidt: Direktwahl des Europaparlaments, Schaffung des EWS, Stärkung der außenpolitischen Zusammenarbeit

Auch unter Bundeskanzler Helmut Schmidt bleibt für die SPD

"die Europäische Gemeinschaft lebenswichtige Voraussetzung für die Sicherung von Frieden und Freiheit".

(Regierungserklärung vom 17. Dezember 1976.)

Erfolg und Ziel der jüngsten sozialdemokratischen Europapolitik wurden in der Regierungserklärung vom 24. November 1980 umrissen:

"Die Erhaltung und der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft bleiben eine zentrale Aufgabe unserer Politik, die das Ziel der Europäischen Union nicht aus den Augen verliert. In den vergangenen vier Jahren haben wir in der Gemeinschaft

- das Parlament zum ersten Mal direkt gewählt,
- das Europäische Währungssystem geschaffen,
- die innere Krise wegen des britischen Haushaltsbeitrags gelöst,
- protektionistische Tendenzen bekämpft und die Außenbeziehungen der Gemeinschaft, insbesondere im Nord-Süd-Verhältnis, erheblich ausgebaut,
- den Beitritt Griechenlands ausgehandelt und schließlich
- die Verhandlungen mit Portugal und Spanien auf den Weg gebracht.

Zur Leistungsbilanz der Europäischen Gemeinschaft gehört auch die Europäische Politische Zusammenarbeit - das ist die außenpolitische Zusammenarbeit. Darin können die Regierungen inzwischen auf zehnjähriger Erfahrung in intensiver Abstimmung und gemeinsamer Diplomatie aufbauen, um ihren wachsenden Beitrag zur weltpolitischen Krisenbewältigung zu leisten...

Andererseits hat sie auch erhebliche Probleme. In der europäischen Agrarpolitik wird sich die Bundesregierung angesichts der wachsenden strukturellen Überschüsse mit Nachdruck dafür einsetzen, daß marktwirtschaftliche Grundsätze stärker als bisher verwirklicht werden. Das bedeutet eine vorsichtige Preispolitik, die primär auf die Wiederherstellung des Marktgleichgewichtes ausgerichtet werden muß.

Es bedeutet, daß die Überschußproduktion durch Beteiligung der Erzeuger an der Finanzierung der Überschüsse verringert werden muß, und es bedeutet, daß zur Wiedererlangung des Gleichgewichts auf den Märkten schließlich die landwirtschaftlichen Interventionsmechanismen aufgelockert werden müssen.

Die Bundesregierung hält verstärkte Importbehinderungen oder aggressive Exportförderung nicht für geeignete Lösungen der Überschußprobleme der Europäischen Gemeinschaft. Zur Finanzierung: Was die Mehrwertsteuerabführung an die Gemeinschaft angeht, so darf sie auch weiterhin ein Prozent der Bemessungsgrundlage nicht überschreiten."

(-/25.3.1982/vo-he/oa)

